

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

43. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Oktober 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende folgendes mit:

- a) Der Antrag der Fraktion der SPD "Aufbau der Landesverwaltung" - Drucksache 11/6060 - sei zur Mitberatung auch an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen worden. Die Abstimmung hierüber im federführenden Ausschuß solle am 1. Dezember d. J. erfolgen. Er bitte daher den Ausschuß, sich in den Arbeitskreisen auf eine Mitberatung am 4. November und eine abschließende Behandlung dieses Antrages in der Sitzung am 25. November 1993 einzustellen.

- b) Heute vormittag habe die Arbeitsgruppe "Gefahrguttransporte" ein Sachverständigengespräch durchgeführt. Sobald das Protokoll dieser Sitzung vorliege, werde der Punkt in die Tagesordnung aufgenommen.
- c) Da Frau Larisika-Ulmke an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen könne, sei die F.D.P.-Fraktion nicht vertreten.

Zur Tagesordnung

Der Ausschuß schließt sich dem Argument des Abgeordneten Paus (CDU) an, die Tagesordnungspunkte 8

Einsatz der Informationstechnik im Geschäftsbereich des Innenministeriums

und 9

Mitbestimmungsrechte in der Privatwirtschaft im Vergleich mit dem Landespersonalvertretungsgesetz,

da die Abgeordneten die inzwischen erstellten, umfangreichen Vorlagen wegen der sitzungsfreien Woche erst vorgestern hätten zur Kenntnis nehmen können, heute nicht zu behandeln.

Anschließend folgt der Ausschuß dem von Abgeordnetem Frechen vorgetragenen Wunsch der SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 4

Gesetz zum Datenschutz im Gesundheitswesen - GDSG NW -

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5705

Vorlage 11/2449

heute nicht zu behandeln, sondern vor einer Entscheidung eine Stellungnahme der zuständigen Abteilung des Innenministeriums anzufordern.

Betreffend Punkt 6 der Tagesordnung

Gesetz zur Herstellung von Chancengleichheit für Frauen und Männer und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/5769

verständigt sich der Ausschuß darauf, auch dieses Thema, da im federführenden Ausschuß für Frauenpolitik noch keine Diskussion stattgefunden habe, heute nicht zu erörtern.

Abschließend erklärt **Abgeordneter Paus** für die **CDU-Fraktion** sein Einverständnis mit dem Vorschlag des **Vorsitzenden**, den eben von der Tagesordnung **abgesetzten Punkt 9**

Mitbestimmungsrechte in der Privatwirtschaft im Vergleich mit dem Landespersonalvertretungsgesetz

in einer der nächsten Sitzungen nicht gesondert, sondern im Zusammenhang mit dem Landespersonalvertretungsgesetz zu diskutieren.

1 Haushaltsgesetz 1994

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/2378 und 11/2379

Der Ausschuß berät zu folgenden Kapitel, Titeln und Stichworten:

- Kapitel 03 010 -	Ministerium	3
a) Tit. 422 10 -	Bezüge der Beamten und (Richter)	3
b) Tit. 427 10 -	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige, Prüfungsvergütungen	4
c) Tit. 527 10 -	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	5
 Titelgruppe 60 -	Verfassungsschutz	5
a) Tit. 547 60 -	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	5
b) Tit. 631 60 -	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	6
 Titelgruppe 79 -	Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland	6
Tit. 422 79 -	Bezüge der Beamten	6

- Kapitel 03 020 -	Allgemeine Bewilligungen	6
Tit. 633 20 -	Erstattung der Kosten für die zentralen Anlaufstellen zur Entgegennahme von Asylanträgen (ZAST) sowie der Kosten für die zentralen Ausländerbehörden (ZAB)	6
- Kapitel 03 110 -	Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen	7
a)	Personalhaushalt allgemein	7
b) Tit. 422 20 -	Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)	8
c) Tit. 516 10 -	Dienst- und Schutzkleidung	9
iVm		
Tit. 516 20 -	Kleiderzulagen	9
d) Tit. 546 40 -	Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften	10
e) Tit. 717 10 -	Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Landeskriminalamt NRW in Düsseldorf - weitere Vorarbeitskosten	11
und		
Tit. 719 00 -	Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Zentralen Polizeitechnischen Dienste in Düsseldorf - weitere Vorarbeitskosten	11
f)	Unterbringung der Polizei in Kleve	11
g)	Unterbringung der Polizei in Plettenberg	12

- h) Tit. 812 20 - Erwerb von Waffen und waffentechnischen
Geräten, Einrichtung von Waffenmeiste-
reien, technische Ausstattung der Schieß-
stände, Anschaffung von Schießausbildungs-
gerät 12
- i) Titelgruppe 60 - Informations- und Kommunikationstechnik 13
- Kapitel 03 130 - Polizei-Führungsakademie Münster 13
- Tit. 539 00 - Studienreisen für Ratsanwärter

2 Für eine moderne und leistungsgerechte Besoldung der Polizei

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/5753

in Verbindung damit:

Grundlagen für eine leistungsfähige Polizei

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5947
Vorlage 11/2425

15

Der Ausschuß lehnt dann den Antrag des Abgeordneten Paus (CDU), ein Sachverständigengespräch zu führen, mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit des Mitglieds der F.D.P.-Fraktion ab.

Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/5753 wird dann mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Ausschuß spricht sich ferner mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion auch gegen den Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/5947 aus.

3 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4587

und

Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4682

Vorlage 11/1854
Zuschrift 11/2215

Vorlage 11/1993 und 11/2496 (zu beiden Gesetzentwürfen)

17

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 11/4587 wird sodann gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mit den Stimmen der SPD-Fraktion bei Abwesenheit der Vertreterin und des Vertreters der Fraktionen von F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Zum Berichterstatter wird der Vorsitzende bestimmt.

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion Drucksache 11/4682 wird sodann mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion in Abwesenheit der Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. abgelehnt.

Als **Berichterstatter** wird Abgeordneter Paus (CDU) benannt.

4 Umsetzung des neuen Asylrechts

Vorlage 11/2384

20

5 Rückbesinnung auf Werteerziehung und Werteverantwortung in Familie, Schule, Jugendarbeit, Medien und Staat

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/5631

23

Der Antrag der SPD-Fraktion, auf eine Stellungnahme zu verzichten, wird mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion in Abwesenheit der Vertreter und Vertreterinnen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. angenommen.

6 Ergebnisse der Arbeit der "Schüler-Kommission"

24

7 Terminplan 1994

30

Gegen den Terminplan erhebt sich kein Widerspruch.

- - - - -

Abschließend erklärt **Abgeordneter Paus** für die **CDU-Fraktion** sein Einverständnis mit dem Vorschlag des **Vorsitzenden**, den eben von der Tagesordnung **abgesetzten Punkt 9**

Mitbestimmungsrechte in der Privatwirtschaft im Vergleich mit dem Landespersonalvertretungsgesetz

in einer der nächsten Sitzungen nicht gesondert, sondern im Zusammenhang mit dem Landespersonalvertretungsgesetz zu diskutieren.

1 Haushaltsgesetz 1994

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/2378 und 11/2379

Kapitel 03 010 - Ministerium

Tit. 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

- a) Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** nach der ohne Besoldungsaufwand geführten, beim Minister für Bundesangelegenheiten veranschlagten B-2-Stelle (s. S. 15 des Haushaltsplanentwurfs)

Innenminister Dr. Schnoor erklärt diese Art der Veranschlagung damit, daß die Angehörigen des Ministeriums für Bundesangelegenheiten aus den verschiedenen

Häusern kämen und der Bezug zu ihren Ressorts nicht verlorengehen solle. - Ergänzend weist ein Beamter des Innenministeriums darauf hin, daß die "Arbeitsgruppe Stellenpläne" bereits vor 10 Jahren entschieden habe, diese Stellen wie geschehen in den Haushaltsplan einzusetzen.

- b) Bitte des **Abgeordneten Frechen (SPD)** an den Innenminister, einen Bericht über die Erfahrungen mit der Umstellung der Einführungsfortbildung zu geben (s. S. 17 des Haushaltsplanentwurfs: 18 Stellen der Besoldungsgruppe A 13 für Beamte auf Probe bis zur Anstellung)

Tit. 427 10 - Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige, Prüfungsvergütungen

Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** betreffend DM 70 000 für "Vergütungen an Vortragende im Rahmen der Seminare für Vermessungsingenieure".

Ministerialrat Dr. Brand (Innenministerium) ruft ins Gedächtnis, daß bei der Novellierung des Vermessungsgesetzes klargestellt worden sei, daß die Gebäudeeinemessung zur Katastervermessung gehöre. Damit sei für einige Ingenieurbüros, die nicht über die Befugnis zum höheren vermessungstechnischen Dienst verfügten hätten, die Möglichkeit, Gebäudeeinemessungen vorzunehmen, entfallen. Der Landtag habe deshalb auf eine Änderung der Berufsordnung für öffentlich bestellte Vermessungsingenieure gedrängt, um den Leitern der Ingenieurbüros, die seit Jahren Gebäudeeinemessungen durchführten, das Recht zu geben, öffentlich bestellte Vermessungsingenieure zu werden. Dies bedinge eine besondere Qualifikation, die nach Auffassung des Landtages durch die Neuregelung auch nicht absinken sollte und deshalb eine spezielle Qualifikationsprüfung notwendig mache, der ein darauf gerichtetes Seminar vorausgehen müsse. Dieses Seminar mit 160 Unterrichtsstunden sei bisher einmal durchgeführt worden; die Vortragenden und die Mitglieder der beiden Prüfungsausschüsse erhielten die üblichen Vergütungen.

Abgeordneter Frechen (SPD) kritisiert die Großzügigkeit des Innenministers, der auf Gebühren offenbar verzichte. - **Ministerialrat Dr. Brand (Innenministerium)** macht rechtliche Bedenken ob der Zulässigkeit von Gebühren geltend. - **Abgeordneter Paus (CDU)** betont, daß Fortbildungsmaßnahmen in anderen Berufsgruppen von den

Teilnehmern bezahlt werden müßten - so bei Anwälten, für die Seminare oftmals mehrere tausend DM kosteten -, schließt sich der Forderung Herrn Frechens nach der Erhebung von Gebühren für die Nachschulung an und plädiert, falls dies ausscheide, für eine verbandsinterne Fortbildung. - Die Verbände hätten sich, so **Ministerialrat Dr. Brand (Innenministerium)** außerstande gesehen, diese Schulungen durchzuführen.

Abgeordneter Jentsch (SPD) bittet den Innenminister zu prüfen, ob künftig Gebühren erhoben werden könnten.

Auf die Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** nach den Vortragenden eingehend, erläutert **Ministerialrat Dr. Brand (Innenministerium)**, es handele sich um Herren aus der Landesverwaltung oder von Gerichten.

Tit. 527 10 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen

Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)** betreffend die Erhöhung des Ansatzes um 145 000 DM (s. S. 30 des Haushaltsplanentwurfs)

Von seiten des **Innenministeriums** wird die Steigerung mit Reisen im Zusammenhang mit der humanitären Hilfe in Minsk und Kurdistan begründet.

Titelgruppe 60 - Verfassungsschutz

Tit. 547 60 - Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben

Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** nach einer Erläuterung (s. S. 40 des Haushaltsplanentwurfs)

Der diesem Ansatz zugrundeliegende Wirtschaftsplan wird nach den Worten des **Vorsitzenden** in der Parlamentarischen Kontrollkommission behandelt.

Tit. 631 60 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund

Bitte des **Abgeordneten Frechen (SPD)** an den Innenminister, in einer der nächsten Sitzungen Kostenentwicklungen und Sinn und Zweck der Schule für Verfassungsschutz zu erläutern (s. S. 40 des Haushaltsplanentwurfs)

Titelgruppe 79 - Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik DeutschlandTit. 422 79 - Bezüge der Beamten

Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** nach der Verlängerung des kw-Vermerkes betreffend die 12 A-14-Stellen bis zum 31. Dezember 1994 (s. S. 42 des Haushaltsplanentwurfs)

Diese Verlängerung beruht nach Aussagen eines **Vertreters des Innenministers** auf einem Beschluß der Innenministerkonferenz, die Verwaltungshilfe für Brandenburg noch bis 1994 fortzusetzen.

Minister Dr. Schnoor interpretiert den Beschluß der Konferenz dahin, daß die Hilfe auslaufe, sobald der neue Länderfinanzausgleich greife.

Kapitel 03 020 - Allgemeine BewilligungenTit. 633 20 - Erstattung der Kosten für die zentralen Anlaufstellen zur Entgegennahme von Asylanträgen (ZAST) sowie der Kosten für die zentralen Ausländerbehörden (ZAB)

Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)**, ob dieser Ansatz die neuesten Entwicklungen aus der zweiten Hälfte des Jahres 1993 berücksichtige (s. S. 54 des Haushaltsplanentwurfs)

Ministerialrat Sander (Innenministerium) teilt mit, den zu erwartenden Einspar-effekt habe man bei einem Ansatz von nur 45 Millionen DM schon berücksichtigt, da die Schätzungen der u. a. für die fünf zentralen Ausländerbehörden erforderlichen Mittel und der zusätzlichen Personalkosten eher gegen 50 Millionen DM liefen.

Mit überplanmäßigen Ausgaben werde man bei diesem Titel angesichts weiterer, im GFG veranschlagter 15 Millionen DM, nicht zu rechnen haben.

Auf eine Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)** meint ein **Vertreter des Innenmini-sters**, die aus den neuen Zuständigkeiten des Innenministers herrührenden finanziellen Belastungen hätten sich im Entwurf noch nicht niedergeschlagen.

Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen

Personalhaushalt allgemein a) **Anmerkungen des Abgeordneten Paus (CDU)**, daß entgegen den Ankündigungen der Landes-regierung nicht 700 Stellen neu hinzugekom-men seien, dafür aber 308 entfielen.

Innenminister Dr. Schnoor führt aus, es handele sich insgesamt um 1 000 Stellen, mit denen eine Verrechnung stattfinde. Diese 1 000 Stellen hätten seinerzeit nicht zur Stellenvermehrung gedient und seien auch keine Planstellen gewesen, die der Polizei zur Besetzung zur Verfügung gestanden hätten. Vielmehr habe man mit ihrer Hilfe die zusätzlichen Schlüsselungen im Bereich der Polizei überhaupt erst durchführen können: Als man den Anteil des gehobenen Dienstes verstärkt habe, wäre man ansonsten gehalten gewesen, Rückschlüsselungen beim mittleren Dienst vorzunehmen. Der Finanzminister habe diese Stellen nunmehr, auch um zur Haushaltswahrheit zu kommen, abgesetzt.

- b) Frage des Abgeordneten Paus (CDU) danach,
- bb) wie die Überleitung der Geburtsjahrgänge 1938/39/40 durchgeführt werden solle; dafür erforderlich wären 300 Planstellen;
- cc) ob durch die neue Stellenobergrenzenverordnung eine Möglichkeit existiere, A 7 und A 8 zu bündeln.

Nach Auskunft des Leitenden Ministerialrats Grafe (Innenministerium) besteht die rechtliche Grundlage für eine Bündelung, nämlich A 7 und A 8 mit insgesamt 60 % auszuweisen, doch habe der Finanzminister dies bisher abgelehnt.

Regierungsdirektor Lischinski (Innenministerium) bezieht sich auf die Durchschlüsselung: Da der Beschluß der Landesregierung dahin gehe, im nächsten Jahr nur den Geburtsjahrgang 1938 überzuleiten, seien auch nur die dafür benötigten Stellen ausgewiesen worden.

Abgeordneter Frechen (SPD) erinnert an den Beschluß des Landtages, bis zum Ende der Legislaturperiode die Jahrgänge bis 1943 überzuleiten. Diesem Beschluß entspreche der Haushaltsplanentwurf nicht, es sei denn, es sollte die gesamte Überleitung auf 1995 verlegt werden.

Tit. 422 20 - Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten und -lehrlinge)

Frage des Abgeordneten Frechen (SPD) im Zusammenhang mit den Erläuterungen auf S. 87 des Haushaltsplanentwurfs bezüglich der Anzahl der zu übernehmenden Polizeivollzugsbeamten aus dem Bundesgrenzschutz

Innenminister Dr. Schnoor erinnert an die Absprache mit dem Bund, in der sich die Länder dem Interesse des Bundes entsprechend bereit erklärt hätten, Beamte des Bundesgrenzschutzes zu übernehmen, was im Umfang von 200 Mann pro Jahr erfolgt

sei. Die Interessenlage habe sich nunmehr aber umgekehrt. Der Bund wolle keine Beamten mehr abgeben, die Länder aber drängten darauf.

Ministerialdirigent Dr. Möller (Innenministerium) ergänzt, mit Schreiben von Anfang des Jahres 1993 habe der Bund mitgeteilt, an der Vereinbarung nicht mehr festhalten zu wollen. Im Kompromißwege hätten sich Bund und Länder dann darauf geeinigt, daß die Länder in 1993 und 1994 noch jeweils 70 Beamte bekämen, der Bund ihnen dann aber wegen Eigenbedarfs kein Personal mehr überlassen werde.

Tit. 516 10 - Dienst- und Schutzkleidung

iVm

Tit. 516 20 - Kleiderzulagen

Kritik des **Abgeordneten Frechen (SPD)** insbesondere an den Ansätzen in Höhe von 1 Million DM für die Beschaffung von Sportbekleidung für rd. 5 000 Polizeivollzugsbeamte und in Höhe von 4 500 DM für Reinigungspauschalen von 60 DM für die uniformierten Zivilbediensteten in den Polizei-Musikkorps. (s. S. 104 des Haushaltsplanentwurfs)

Zu den Ausgaben für Sportbekleidung erläutert ein **Vertreter des Innenministers**, die Verpflichtung zur Teilnahme am Dienstsport sei vor einigen Jahren bis zum 50 Lebensjahr erhöht worden, was selbstverständlich einen Anspruch der davon betroffenen Beamten auf Dienstkleidung zur Folge gehabt hätte, der aus den üblichen Haushaltsansätzen nicht zu erfüllen gewesen sei. Ein kleiner Teil der Mittel fließe in die Anschaffung von Sportkleidung für die ohnehin von der Verpflichtung umfaßten Beamten.

Was die Reinigungspauschale für die Musikkorps anbelange, so habe einer vor einigen Jahren von den Musikkorps erhobenen Forderung Rechnung getragen werden müssen. - **Abgeordneter Frechen (SPD)** sieht die Aufgabe der Polizei in erster Linie in der Kriminalitätsbekämpfung. - **Innenminister Dr. Schnoor** ruft eine vor einigen Jahren erfolgte Diskussion in Erinnerung, in der der Ausschuß für Haushaltskontrolle vorgeschlagen habe, drei der fünf Musikkorps abzuschaffen. Dies habe innerhalb der Polizei einen derart großen Protest hervorgerufen, daß sich anschließend Innenmini-

sterium und Ausschuß einvernehmlich dahin verständigt hätten, die Tradition der Musikkorps in vollem Umfang beizubehalten. - **Abgeordneter Frechen (SPD)** beharrt darauf, daß die Mittel für andere wichtige Aufgaben benötigt würden.

Tit. 546 40 - Kosten für die Werbung und Einstellung von Nachwuchskräften (s. S. 112 des Haushaltsplanentwurfs)

Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** nach der Notwendigkeit dieser Ausgabe

Nach den Worten des **Ministerialdirigenten Dr. Möller (Innenministerium)** ist es mit Hilfe von Werbemaßnahmen in der Vergangenheit gelungen, genügend Nachwuchs für den Polizeidienst zu interessieren und - im Gegensatz zu anderen Bundesländern - alle zur Verfügung stehenden Stellen zu besetzen. Nunmehr müsse für den Direkteinstieg bei der Polizei intensiv geworben werden, da die meisten Jugendlichen um diese Möglichkeit bisher nicht wüßten. Inzwischen habe man die Aktionen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein zentrales Vorgehen im Rheinland keinen Erfolg gezeigt habe, dezentralisiert, an jeder Kreispolizeibehörde ein oder zwei Beamte mit der ortsnahen Werbung betraut und sie freigestellt, wie Dr. Möller auf eine Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)** hin ergänzt.

Als Begründung für die dezentrale Werbung nennt **Innenminister Dr. Schnoor** den Wunsch, ortsnah Bewerber zu finden, da ortsfremde immer bemüht seien, sobald wie möglich wieder in ihre Heimatregion versetzt zu werden.

Ferner erinnert Dr. Schnoor an die Aufforderung des Bundesinnenministers, unbesetzte Stellen zu besetzen, die Nordrhein-Westfalen nicht treffe, da zeitweilig unbesetzte Stellen hier nur daraus resultierten, daß die Einstellungen lediglich zweimal im Jahr, Pensionierungen aber natürlich sofort bei Erreichen der Altersgrenze erfolgten.

Nach Ansicht des **Abgeordneten Meyers (CDU)** kann die Tatsache, daß in einer Kreispolizeibehörde 33 Stellen unbesetzt seien, nicht mit den Einstellungsterminen zusammenhängen.

Innenminister Dr. Schnoor bringt die Ausbildungslast ins Gespräch: Befänden sich Beamte in der Ausbildung für den gehobenen Dienst, gehe dies zu Lasten des Wach- und Wechseldienstes, in dem die Beamten vorübergehend fehlten, wenngleich die Stellen haushaltstechnisch besetzt seien.

Tit. 717 10 - Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Landeskriminalamt NRW in Düsseldorf - weitere Vorarbeitskosten
und

Tit. 719 00 - Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Zentralen Polizeitechnischen Dienste in Düsseldorf - weitere Vorarbeitskosten

Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)**, wann mit den Maßnahmen endlich begonnen werde (s. S. 116 des Haushaltsplanentwurfs)

Leitender Ministerialrat Grafe (Innenministerium) berichtet über die Absicht, den Zentralen Polizeitechnischen Dienst und das LKA an der Völklinger Straße unterzubringen; die baulichen Möglichkeiten hätten bestanden; ein Vorentwurf habe existiert. Die Planungen wären letztlich daran gescheitert, daß man mit den Gebäuden sehr hätte in die Höhe gehen müssen, was in Düsseldorf politisch nicht gewünscht und deshalb nicht durchsetzbar gewesen sei.

Das Landeskriminalamt solle weiterhin an die Völklinger Straße ziehen, jedoch habe die Planung geändert werden müssen. Er hoffe, daß die Maßnahme im Etat 1995 als Baumaßnahme ausgewiesen werden könne. - Die Planungen für die ZPD müßten ganz neu anlaufen.

Unterbringung der Polizei in Kleve

Abgeordneter Paus (CDU) schildert Überlegungen, für die Polizei in Kleve, die an zwei Standorten untergebracht sei, auf dem Gelände des einen Gebäudes einen Neubau zu errichten, und zwar durch einen Investor.

Leitender Ministerialrat Grafe (Innenministerium) berichtet, man habe, da man in Kleve über ein landeseigenes Grundstück verfüge, versucht, Gelder in den Haushalt

einzustellen, doch seien im Haushalt 1994 überhaupt keine Mittel für Neubaumaßnahmen veranschlagt worden. Deshalb sei man bemüht, an einen Investor ein Erbbau-recht zu vergeben und das von ihm errichtete Gebäude dann anzumieten. Der Finanz-minister habe sich dazu vom Grundsatz her bereit gezeigt, nur lägen noch keine genauen Angaben über die Kosten vor; sie prüfe zur Zeit der Regierungspräsident Düsseldorf.

Unterbringung der Polizei in Plettenberg

Abgeordnete Schmidt (SPD) erkundigt sich nach dem Erwerb eines Gebäudes für die Polizei in Plettenberg, der ziemlich Wogen geschlagen habe.

Leitender Ministerialrat Grafe (Innenministerium) erläutert, es habe sich bei dem Objekt um eine Anmietung gehandelt, die der Finanzminister jetzt erworben habe. Er begrüße dies, da Mietmittel auf diese Weise frei würden und an anderer Stelle verwendet werden könnten. - Herr Grafe verneint dann die Frage des **Abgeordneten Paus (CDU)**, ob mit diesem Kauf die organisatorische Entscheidung im Märkischen Kreis präjudiziert worden sei.

Tit. 812 20 -

Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Einrichtung von Waffenmeistereien, technische Ausstattung der Schießstände, Anschaffung von Schießausbildungsgerät (s. S. 144 des Haushaltsplanentwurfs)

Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)** nach dem Grund für die Verdoppelung des Ansatzes

Leitender Ministerialrat Grafe (Innenministerium) erläutert dazu, man wolle so schnell wie möglich alle Beamten mit der besten Körperschutzausstattung versehen; die Beamten trügen diese bei Einsätzen, bei denen die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen bestehe. - **Abgeordneter Frechen (SPD)** kritisiert, daß diese Verwendung der Mittel aus der Zweckbestimmung des Titels nicht hervorgehe. - **Leitender Ministerialrat Grafe (Innenministerium)** erklärt, daß Schutzkleidung unter den Begriff "waffentechnisches Gerät" falle.

Titelgruppe 60 - Informations- und Kommunikationstechnik (s. S. 150 des Haushaltsplanentwurfs)

Frage des **Abgeordneten Frechen (SPD)**, ob die veranschlagten Gelder reichten, um das von der Landesregierung angestrebte 10-Jahres-Programm entsprechend abwickeln zu können

Oberamtsrat Steinert (Innenministerium) bemerkt, man sei davon ausgegangen, im Wege der Erst- und Ersatzbeschaffung in zehn Jahren 330 Millionen DM umzusetzen, allerdings im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. In der Anlaufphase habe es dann Probleme gegeben, derart große Mengen an Ausstattung zu fahren, so daß aus diesem Grunde auf keinen Fall 30 Millionen DM hätten verausgabt werden können. Der Entwurf des Haushalts 1994 beinhalte nun 20 bis 21 Millionen DM, die in Verfolgung der Studie "Mummert & Partner" umgesetzt würden. Es lasse sich aber absehen, daß der 10-Jahres-Zeitraum nicht werde eingehalten werden können.

Kapitel 03 130 - Polizei-Führungsakademie Münster**Tit. 539 00** - Studienreisen für Ratsanwärter

Angesichts der insgesamt geringen Mittel für Fortbildungsmaßnahmen ist dieser Betrag nach Meinung der **SPD-Fraktion** erklärungsbedürftig (s. S. 184 des Haushaltsplanentwurfs)

Nach Auskunft des **Ministerialdirigenten Dr. Möller (Innenministerium)** werden diese traditionell zum Ende der zweijährigen Ausbildung stattfindenden Studienreisen von den Teilnehmern weitgehend selbst bezahlt - deshalb der relativ geringe Ansatz - und ausschließlich fachbezogen durchgeführt. Im Kuratorium der Polizei-Führungsakademie wiederholten sich jedes Jahr die heftigen Diskussionen um diesen Ansatz, und eine Mehrheit plädierte dafür, wenigstens den Ansatz von 50 000 DM zu retten.

Abgeordneter Frechen (SPD) verlangt eine Güterabwägung, wo bei bestehendem Sparzwang gekürzt werden sollte: bei notwendigen Fortbildungsmaßnahmen oder bei

traditionell überkommenen Verhaltensweisen. Das Aufrechterhalten letzterer könnte ein falsches Signal an die Öffentlichkeit bedeuten.

Innenminister Dr. Schnoor macht darauf aufmerksam, daß der Haushalt der Polizei-Führungsakademie von deren Kuratorium, praktisch also der Innenministerkonferenz, und daher in Absprache mit allen Bundesländern aufgestellt werde. Zudem erfolge eine Abstimmung mit der Finanzministerkonferenz. Dies bitte er zu berücksichtigen.

Was den Haushalt der Polizei-Führungsakademie anbelange, so hätte sich Nordrhein-Westfalen, auch unter Inkaufnahme einer Kürzung im eigenen Etat, eine höhere Dotation gewünscht, vor allem, um die Ausbildung von Polizeiführungskräften zu verbessern, doch habe sich dafür unter den Ländern und auch beim Bund, der eine sehr restriktive Auffassung vertreten habe, keine Mehrheit gefunden.

Abgeordneter Frechen (SPD) betont abschließend, die beiden Punkte "Fortbildung Vermessungsingenieure" und "Studienreisen" seien symptomatisch für folgendes: Erstens gehöre bei akuter Finanznot jede Ausgabe, unabhängig von ihrer Höhe, auf den Prüfstand, und zwar nicht zuletzt mit Blick auf die psychologische Außenwirkung. Zweitens müßten Dritte einbezogen werden, damit - im Falle der Fortbildung der Vermessungsingenieure - nicht argumentiert werde, das Land zeige sich lediglich so großzügig, um einigen Beamten eine Nebentätigkeit zu ermöglichen.

Abgeordneter Paus (CDU) unterscheidet zwischen den Fortbildungskosten für die Vermessungsingenieure - insofern teile er die Auffassung seines Vorredners - und den Studienreisen der Ratsanwärter: Die Studierenden brächten einen erheblichen Eigenanteil auf, und dem Pflegen der Außenkontakte komme für die Polizei-Führungsakademie unter dem Gesichtspunkt der Weiterentwicklung zu einer europäischen Akademie einige Bedeutung zu.